

Paderborner Perspektiven

Von Per Lütje



Stürmische Zeiten

Es rumort gewaltig im Paderborner Land. Ausgerechnet in der Wiege der Windkraft, die Pionier Anton Driller 1991 mit vier Windrädern in Buke aus der Taufe hob, nimmt der Protest gegen neue und immer höhere Anlagen Sturmstärke an. Dabei geht es den Gegnern längst nicht mehr darum, eine »Verspargelung« der Landschaft verhindern zu wollen. Sie wehren sich, dass ihnen die Windriesen immer näher auf die Pelle rücken, dass ihnen Lärm, Schattenschlag und Blinklichter Nerven und Schlaf rauben.

Diese Menschen als Querulanten oder notorische Nörgler abzutun, hieße, die Fakten zu ignorieren. Fakt ist nämlich, dass der Gesetzgeber die Abstandsgrenzen zur Wohnhäusern immer weiter gesenkt hat, während gleichzeitig Windkraftanlagen immer größer geworden sind. Fakt ist, dass sich bereits jetzt jedes sechste aller Windräder im Flächenland Nordrhein-Westfalen im Kreis Paderborn dreht – Tendenz steigend, da 125 weitere Anlagen auf ihre Genehmigung warten. Und Fakt ist auch, dass geltende Lärmschutzkriterien das eigentliche Problem gar nicht erfassen: Infraschall. Zwar kann das menschliche Ohr diese tiefen Schallwellen und Luftschwingungen, die von einer 200-Meter-Anlage ausgehen, kaum wahrnehmen, doch gibt es Befürchtungen in Ärztekreisen, dass sie negative Auswirkungen auf das Gleichgewichtsorgan ha-

ben. Wissenschaftlich belegt ist dies jedoch nicht.

Keines wissenschaftlichen Beweises bedarf es der Behauptung, dass der Gesetzgeber nachbessern muss, wenn er eine Akzeptanz für die Windenergie in der Bevölkerung erreichen möchte. Tut er dies nicht, indem zum Beispiel Abstandsregelungen großzügiger bemessen werden, droht den Gerichten eine Klagewelle. Der Zusammenschluss von Bürgerinitiativen im Paderborner Land zu einem Regionalbündnis gibt dem Protest zusätzliches Gewicht.

Dass es sich eine Bürgerinitiative wie »Lärmstopp Eggevorland« leisten kann, in Kürze 8000 Postwurfsendungen in Bad Lippspringe, Neuenbeken und Marienloh verteilen zu lassen, ist zudem Beleg dafür, dass es Menschen geben muss, die es sich einiges kosten lassen, weitere Windkraftanlagen vor ihrer Haustür zu verhindern. Der Schritt hin zu einem Bürgerbegehren ist dann nur noch ein kleiner.

Aufatmen dürften auch die Ratsvertreter in den Kommunen, wenn der Bund eine klare Regelung trifft. Denn derzeit liegt der Schwarze Peter bei den Lokalpolitikern, die im Zweifelsfalle einem Antrag auf Bau einer Windkraftanlage eher zustimmen als diesen abzulehnen, um nicht Gefahr zu laufen, im Nachhinein schadensersatzpflichtig zu werden. Sie sollten mit den Bürgerinitiativen an einem Strang ziehen.